

Unser aller Notvorrat

Manche belächelten sie als Überbleibsel aus dem Kalten Krieg, doch nun gewinnen die Pflichtlager wegen des Ukraine-Konflikts wieder an Bedeutung. Angezapft wird derzeit jenes für Dünger.

Maja Briner

Es war eine kleine Meldung, die international Schlagzeilen machte: Kaffee sei kein lebenswichtiges Gut, erklärte der Bund 2019, er enthalte praktisch keine Energie. Das Pflichtlager für Kaffee brauche es daher nicht mehr. Dagegen wehrte sich die Branche allerdings – sodass der Bund schliesslich darauf verzichtete. «If disaster strikes, the Swiss want to be caffeinated», fasste der «Economist» leicht amüsiert zusammen: Im Katastrophenfall wollten die Schweizer Koffein haben.

Und so lagert die Schweiz 15 000 Tonnen Kaffee für den Notfall, für drei Monate soll das reichen. Die Pflichtlager für lebenswichtige Güter, von manchen als Relikte des Kalten Kriegs belächelt, rückten jüngst wieder in den Fokus: Die Coronakrise offenbarte, wie rasch Produkte – Masken, Desinfektionsmittel – weltweit knapp werden können. Und nun schürt der Ukraine-Krieg Furcht vor Engpässen. Dann heisst es oft: Zum Glück haben wir Pflichtlager. Doch was wird eigentlich alles aufbewahrt?

Tee und Seife fielen aus dem Sortiment

Nach dem Ende des Kalten Kriegs hat der Bund das Sortiment zusammengestrichen und die Mengen gekürzt. Die Pflichtlager für Kohle, Tee und Kakao wurden beispielsweise aufgehoben, ebenso jene für Seife und Waschmittel. Im Gegenzug muss seit kurzem Rapssaatgut gelagert werden. Derzeit untersteht folgendes Sortiment der Lagerpflicht:

- Zucker
- Reis
- Speiseöle und -fette
- Getreide
- Kaffee
- Futtermittel
- Stickstoff-Dünger
- Benzin, Dieselloil, Flugpe-



Der Bund schreibt auch für Benzin, Diesel und Heizöl Pflichtlager vor.

Bild: zvg

trol, Heizöl sowie Heizöl extra leicht (für Zweistoffanlagen)

- Uran-Brennelemente
- Rapssaatgut
- diverse Arzneimittel und Impfstoffe
- Kunststoffe (Polyethylen-Granulate zur Herstellung von Desinfektionsmittelflaschen sowie Zusatzstoffe)

Bei Reis, Zucker und anderen Nahrungsmitteln muss genügend gelagert werden, um die Bevölkerung während drei oder vier Monaten zu versorgen, bei den Treibstoffen muss die Menge für viereinhalb Monate reichen. Auch hier hat der Bund zurückgebaut: 1990 wurde zum Teil noch der Bedarf für zehn Monate gelagert.

In der Schweiz haben die Pflichtlager eine lange Geschichte. 1912 liess der Bundesrat kleine Getreidevorräte für die Zivilbevölkerung anlegen, wie es im Historischen Lexikon der Schweiz heisst. Dennoch kam es während des Ersten Weltkriegs zu gravierenden Versorgungsmängeln. Jahrzehnte später baute der Bund das System der Pflichtlager auf.

Der Staat bestimmt dabei, was an Lager gehalten werden muss. Die Lagerung der Vorräte übernehmen die Unternehmen – rund 300 sind es derzeit. Kommt es zu einem Mangel, können die Pflichtlager freigegeben werden. Bei den Heilmitteln kommt das regelmässig vor. 2018 wurden auch jene für Ben-

zin und Diesel angezapft, weil der Rhein zu wenig Wasser führte und der Transport auf dem Wasserweg eingeschränkt war.

Aktuell trifft es neben manchen Heilmitteln zudem den Dünger. Dessen Freigabe erfolgte bereits im Januar, also vor dem russischen Angriff auf die Ukraine. Bisher sei aber erst wenig auf die Pflichtlager zurückgegriffen worden, erklärt ein Sprecher des Bundesamts für wirtschaftliche Landesversorgung. Die Freigabe bleibe aber «angesichts der ungewissen Entwicklung in Kraft». Russland ist einer der grössten Düngerexporteure der Welt.

Eine Freigabe der Pflichtlager komme, ausser bei den Heilmitteln, nicht oft vor, sagt der

Sprecher. Dies habe sich auch während der Pandemie nicht geändert.

Was während der Pandemie ans Licht kam

Während der Coronakrise merkte man indes, welches Pflichtlager fehlte: Jenes für Ethanol, das für die Herstellung von Desinfektionsmitteln gebraucht wird. Früher hatte die Eidgenössische Alkoholverwaltung, die heutige Alcosuisse, Ethanol gelagert, doch 2018 wurden die Reserven aufgelöst – was niemanden interessierte, bis während der Coronakrise Desinfektionsmittel knapp wurde. Inzwischen hält Alcosuisse im Auftrag des Bundes wieder ein Lager.

Bei der Juso folgt Siegrist auf Jansen

Präsidium Der neue Juso-Präsident heisst Nicola Siegrist: Der 25-jährige Zürcher Kantonsrat und ehemalige Juso-Vizepräsident wurde von den Delegierten gestern gewählt. Siegrist will sich insbesondere für eine «ge-einte Linke» einsetzen. Gewerkschaften, Bewegungen und Parteien arbeiteten «zu häufig allein an Projekten». Zudem sei ein «grundlegender Umbau der Gesamtwirtschaft» notwendig.

Siegrist folgt auf Ronja Jansen, die ihr Amt nach drei Jahren abgibt. Unter ihrer Führung fand unter anderem der Abstimmungskampf zur 99-Prozent-Initiative statt. Jansen will sich nun wieder auf ihr Studium konzentrieren. Ausserdem ist sie in den Baslerbieter Landrat nachgerückt. Ebenfalls am Sonntag verabschiedeten die Juso-Delegierten eine neue Initiative. Die Jungpartei will, dass Erbschaften über 50 Millionen Franken künftig zu 50 Prozent versteuert werden. Die Einnahmen sollen für den Kampf gegen den Klimawandel eingesetzt werden. (abi/wap)

Nachrichten

So warm war es im Juni an einigen Orten noch nie

Rekordtemperatur Die aussergewöhnlich frühe Hitzewelle hatte gestern an mehreren Orten in der Schweiz Rekordmesswerte zur Folge. In Döttingen AG wurde mit 36,9 Grad der bisherige Schweizer Junirekord von 1947 erreicht. Rekordwerte gab es auch in Neuenburg (36,9 Grad) oder Payerne (34,9).

Polizei löst Treffen von Rechtsextremen auf

Kontrolle In einer Waldhütte in Rütli fand am Samstagabend ein Treffen von rund 55 Anhängern der rechtsextremen Szene statt. Die Zürcher Kantonspolizei führte eine Grosskontrolle durch und löste das Treffen auf. Zwei Dutzend Personen wurden weggeführt. 30 Personen aber mussten in der Hütte übernachten, da sie fahruntüchtig waren.

Wenn weder Konkubinats- noch Ehe zur Beziehung passen

FDP-Ständerat Andrea Caroni fordert ein neues, gesetzlich verbindliches Paarmodell. Das Vorbild dafür kommt aus Frankreich.

Chiara Stäheli

Will sich ein Paar in der Schweiz rechtlich und finanziell möglichst umfassend absichern, so wählt es für gewöhnlich die Ehe. Sie ist – wenn auch öfters mal ohne kirchliche Trauung – nach wie vor beliebt. In den vergangenen drei Jahren schlossen im Schnitt jährlich rund 37 000 Paare den Bund der Ehe. Und mit der Abstimmung vom September 2021 steht diese Möglichkeit ab dem 1. Juli dieses Jahres auch gleichgeschlechtlichen Paaren offen.

Zeitgleich schafft der Bund die eingetragene Partnerschaft ab. Das nimmt Ständerat Andrea Caroni (FDP/AR) zum Anlass, die «zivilrechtlichen Insti-

tute» und deren Praxistauglichkeit zu überprüfen. Er hat den Bund bereits vor sieben Jahren aufgefordert, in einem Bericht darzulegen, «ob die Schweiz ergänzend zur Ehe ein Rechtsinstitut mit weniger umfassenden Rechtsfolgen als die Ehe für Paare jeglichen Geschlechts einführen könnte».

Zwischen losem Konkubinats- und bindender Ehe

Kaum hat der Bundesrat den geforderten Bericht veröffentlicht, doppelt Caroni nach: «Es braucht in der Schweiz zwischen Konkubinats- und Ehe eine dritte, mittlere Option für Paare, die ihr gemeinsames Zusammenleben regeln wollen.» Als Vorbild dient Caroni das französische

Modell des «Pacte civile de solidarité», auch Pacs genannt. Dieser regelt das Zusammenleben eines Paares, ohne dafür gleich jene umfassende rechtliche Absicherung zu schaffen, wie dies bei der Ehe der Fall ist. Der Pacs nach Schweizer Art soll laut Caroni eine Art «Konkubinats-Plus» sein und «in der Mitte der Skala der rechtlichen Verbindlichkeit» stehen. Also: Bindender als das Konkubinats-, aber weniger umfassend als die Ehe, die gemäss Caroni ihre heutige Bedeutung behalten würde.

Doch für wen eignet sich ein Pacs? Caroni nennt zwei Beispiele: «Es gibt viele junge Paare, die zusammenleben, aber nicht heiraten wollen. Sie könnten sich mit einem Pacs untereinander,

«Es braucht in der Schweiz zwischen Konkubinats- und Ehe eine dritte, mittlere Option für Paare.»



Andrea Caroni
Ständerat (FDP/AR)

aber auch gegenüber Dritten absichern.» Auch für ältere Personen, die vielleicht geschieden oder verwitwet seien und «nicht mehr das volle Programm der Ehe benötigen», sei ein Pacs optimal, so Caroni. Sie könnten sich so für die Zeit der Gemeinschaft gegenseitig persönlichen und wirtschaftlichen Beistand und Unterstützung versprechen. «Zudem könnten sie sich damit gegenüber Behörden, Spitälern oder Banken verbindlich als Paar zu erkennen geben, das schafft Klarheit für alle.»

Nun liegt der Vorstoss bei der Rechtskommission

Seine Forderung hat der FDP-Politiker und Jurist am vergangenen Donnerstag in Form einer

parlamentarischen Initiative bei der zuständigen Rechtskommission des Ständerats eingereicht. Diese wird den Vorstoss, den eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder bereits mitunterzeichnet hat, wohl Ende dieses Jahres prüfen.

Auch der Bundesrat steht der Einführung eines Pacs grundsätzlich offen gegenüber, wie er in seinem Bericht schreibt: «Der Pacs könnte die Beziehungen der Partnerinnen bzw. Partner untereinander sowie ihre Beziehungen zu Dritten vereinfachen.» Doch ganz so eilig wie Caroni hat es die Regierung nicht: Die schnelle Einführung «einer zweiten gesetzlichen Form der Verbindung neben der Ehe» dränge sich nicht auf.